

Slowenien

Marko Lovec*

Im Juni 2018 fanden Parlamentswahlen in Slowenien statt. Aus diesen ging die konservative Slowenische Demokratische Partei (SDS) zwar mit einer relativen Mehrheit der Stimmen als Gewinnerin hervor. Die Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum, die insgesamt die meisten Stimmen auf sich vereinigten, weigerten sich allerdings, eine Koalition mit der SDS einzugehen. Die abgewählte Regierungskoalition, bestehend aus der Partei des modernen Zentrums (SMC), den Sozialdemokraten (SD) und der Demokratischen Pensionistenpartei Sloweniens (DeSUS), hatte im letzten Jahr ihrer Amtszeit mit internen Blockaden und geringen Zustimmungswerten zu kämpfen, mit der Folge, dass Strukturreformen und Investitionen ausblieben.

Die Europäische Union als nebensächliches Wahlkampfthema

Die Europäische Union spielte im Wahlkampf, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle.¹ Zu den von der Europäischen Kommission angemahnten Maßnahmen zur Verbesserung des Haushaltsdefizits und den geforderten Strukturreformen, etwa im Bereich des Rentensystems, gaben die meisten Parteien nur allgemeine Lippenbekenntnisse ab. Vor dem Hintergrund des dritthöchsten Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union und der somit anhaltend guten Wirtschaftslage legten die Parteien den Fokus ihrer Wahlversprechen eher auf Steuererleichterungen und neue Staatsausgaben. Rechte Parteien machten dagegen Stimmung gegen Migranten, etwa indem sie auf die Kosten aufzunehmender Asylbewerber verwiesen. Angesichts der geringen Anzahl an Migranten, die in Slowenien Asyl beantragen, fallen diese Kosten jedoch kaum ins Gewicht.

Im Rahmen konkreter Debatten über die Zukunft der EU sprachen sich die Parteien der Mitte für einen Verbleib im Kern der Union aus. Gleichzeitig wurden Forderungen nach mehr Souveränität und Flexibilität laut, wohingegen die Kürzung des Gemeinschaftshaushalts und die Erhöhung der Kofinanzierung von Unionsausgaben keine Rolle spielten. In den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU lehnte die slowenische Regierung Kürzungen von Ausgaben in der Kohäsions- und der Landwirtschaftspolitik ab. Im Vergleich zu früheren Wahlen fand eine Ausdifferenzierung der politischen Positionen zur EU statt.² Sowohl aus dem rechten als auch dem linken Spektrum wurden zudem europaskeptische Aussagen sowie mögliche Alternativen zur EU für Slowenien formuliert.

* Übersetzt aus dem Englischen von Jana Schubert und Jakob Speier.

1 Marko Lovec/Sabina Lange: Kako izvoliti evropsko politiko po meri Slovenije, in: Večer 26.5.2018.

2 Lovec/Lange: Kako izvoliti, 2018.

Tiefpunkt der slowenisch-kroatischen Beziehungen

Im Juni 2017 verkündete der Ständige Schiedshof seine Entscheidung über den Grenzverlauf zwischen Slowenien und Kroatien in der Bucht von Piran.³ Kroatien hatte den Prozess 2015 unilateral unter Verweis auf eine angebliche Beeinflussung des Tribunals durch Slowenien aufgekündigt und weigerte sich weiterhin, die Entscheidung anzuerkennen. Deutschland und einige kleinere Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstützten Sloweniens Forderung, Internationales Recht einzuhalten. Der Großteil der Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und vor allem die Vereinigten Staaten nahmen eine neutrale Position ein, was teilweise als Legitimierung der Position Kroatiens verstanden wurde. In der Folge reagierte Slowenien im September 2017 mit einem Veto gegen den Beitritt Kroatiens zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und kündigte ein weiteres Veto zum Beitritt Kroatiens zum Schengenraum an mit der Begründung der Verletzung Internationalen Rechts. Auch vor dem Gerichtshof der Europäischen Union strengte Slowenien 2018 eine Klage wegen Verletzungen des Vertrages der Europäischen Union durch Kroatien an. Der anhaltende Streit über den Grenzverlauf ist nur einer der vielen Reibungspunkte in den kroatisch-slowenischen Beziehungen, die nunmehr auf einen historischen Tiefpunkt erreicht haben.

Innenpolitische Stabilität, aber wenig Fortschritt bei bestehenden Aufgaben

Auch innenpolitisch war das letzte Amtsjahr der Koalitionsregierung von den ungelösten Aufgaben der Vorjahre gekennzeichnet. Die größten Herausforderungen betrafen dabei die Reform des Gesundheitssystems, das von Streiks und Korruption geprägt ist.

Zwar hat die Regierung die Staatsausgaben für das Gesundheitssystem erhöht, doch bleiben tiefgreifende, strukturelle Reformen aus. Dies resultiert teils aus koalitionsinternen Unstimmigkeiten und teils aus der mächtigen Lobby der Gesundheitsverbände. Angesichts einer alternden Gesellschaft, unzureichender Finanzierung und Missmanagement steht das Gesundheitswesen somit vor gewaltigen Herausforderungen.⁴

Eine weitere Herausforderung besteht in der geplanten, 1,4 Mrd. Euro teuren Investition in die Schienenanbindung des Mittelmeerhafens Koper, die von der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank gefördert wird.⁵ Das Projekt stieß wegen mangelnder Transparenz und befürchteter Korruption auf Widerstand in Teilen der Bevölkerung und der Oppositionspartei SDS. Ferner wurden die intransparenten bilateralen Verhandlungen mit Ungarn kritisiert. Die Gegner der Zugtrasse starteten eine Unterschriftenpetition und erreichten, dass im September 2017 ein Referendum über die Durchführung abgehalten wurde. Allerdings erklärte ein Gericht das Referendumsergebnis wegen unlauterer Einmischung durch die Regierung für ungültig und ordnete eine Wiederholung an. Auch im zweiten Anlauf im Mai 2018 scheiterte das Referendum. Zu diesem Zeitpunkt war die federführende Regierung allerdings schon nicht mehr im Amt.

Im Gesamtrückblick ihrer Amtszeit konnte die abgewählte Regierung außer einer Rückkehr zu politischer Stabilität und einem konstanten wirtschaftlichen Wachstum, auch während der turbulenten Phasen der Eurozonenkrise zwischen 2009 und 2014 sowie der Migrationskrise 2015, daher keine signifikanten Ergebnisse erzielen.

3 Permanent Court of Arbitration: Arbitration Between the Republic of Croatia and the Republic of Slovenia, 29.06.2017, abrufbar unter: <https://pcacases.com/web/view/3> (letzter Zugriff: 7.6.2018).

4 Marko Lovec: Slovenia country profile. Nations in Transit 2018, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2018/slovenia> (Letzter Zugriff: 7.6.2018).

5 Lovec: Slovenia country profile, 2018.

Ein zunehmendes Gefühl der Abhängigkeit von der EU

Zentralen Themen der europäischen Integration wie die Vollendung der Sozialunion sowie der Fiskal- und Bankenunion, ebenso wie die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, wurden nur sporadische Aufmerksamkeit zuteil. In der Außenpolitik waren die beherrschenden Themen die tektonischen Verschiebungen in der geopolitischen Lage, insbesondere die Drohung Donald Trumps, Importzölle zu erheben und die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland als Reaktion auf den Giftangriff auf Sergej Skripal und dessen Tochter.

Der drohende Protektionismus der USA löste gewisse Sorgen in Slowenien aus. In der Wirtschafts- und Finanzkrise, welche Slowenien hart getroffen hatte, zeigte sich die Verwundbarkeit kleiner, offener Volkswirtschaften. Seit 2014 befand sich die slowenische Wirtschaft allerdings wieder im Aufschwung. In den Jahren 2017 und 2018 verzeichnete das Land sogar eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaft der ganzen Europäischen Union, mit zeitweiliger Vollbeschäftigung.⁶ Trotzdem ist die slowenische Staatsverschuldung auf einem weiterhin hohen Niveau und viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze entstehen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Im Fall Skripal schlug Slowenien einen anderen Weg ein als die meisten EU-Mitgliedstaaten. Ähnlich wie Luxemburg verzichtete Slowenien auf die Ausweisung russischer Diplomaten, sondern zog lediglich kurzzeitig seinen Botschafter aus Moskau ab. Da Russland kein wichtiger Handelspartner für slowenische Unternehmen ist, wurde die Mitte-Links-Regierung und insbesondere Außenminister Karel Erjavec (DeSUS) wegen dieser vergleichsweise schwachen Reaktion und eine allzu russlandfreundliche Außenpolitik kritisiert.

Die zunehmende Instabilität von außerhalb und die Streitigkeiten innerhalb der EU verstärken die strategische Bedeutung, die der Europäische Integration in Slowenien beikommt. Insbesondere die Rolle Deutschlands als Garant für die liberale Demokratie in Europa und der Welt sowie als strategischer Partner Sloweniens wurde immer deutlicher. Ein Großteil des slowenischen Wirtschaftswachstums hängt von der Exportwirtschaft ab, welche wiederum auf die deutsche Wirtschaftskraft angewiesen ist. So verblasste das Bild des deutschen Spardiktats nicht nur, sondern wurde gar gelobt. Ähnliches ist für die einst ablehnende Haltung Sloweniens gegenüber der Asyl- und Migrationspolitik, insbesondere während der Migrationskrise, zu konstatieren, an die heute nur noch der Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Kroatien erinnert. Das Vertrauen in die Europäische Union nahm somit wieder zu und die Regierungskoalition unter Führung der SMC bekannte sich deutlich zu der slowenischen EU-Mitgliedschaft. Slowenien beteiligte sich zudem an diversen europapolitischen Initiativen wie der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ).⁷ Slowenien unterstützt außerdem aktiv die weitere Annäherung des Westbalkans, einer Region mit strategischer Bedeutung für das Land, an die Europäische Union.

6 Institute for Macroeconomic Analyses and Development: Slovenian economic mirror, 18.5.2018, abrufbar unter: http://www.umar.gov.si/fileadmin/user_upload/publikacije/eo/2018/3-2018/SEM_0318_splet.pdf (letzter Zugriff: 7.6.2018).

7 Slovenian Press Agency: Slovenia confirmed for two PESCO EU defence projects. 6.3.2018, abrufbar unter: <https://english.sta.si/2490016/slovenia-confirmed-for-two-pesco-eu-defence-projects> (Letzter Zugriff: 7.6.2018).

Keine Veränderungen nach der Wahl

Bereits 2017, weit vor dem Beginn des eigentlichen Wahlkampfes, nutzten die Parteien der Regierungskoalition jede Gelegenheit, sich von der SMC, der stärksten Partei der Koalition, zu distanzieren, um die Aussichten für die bevorstehenden Wahlen zu verbessern.

Im Oktober und November 2017 fanden zunächst die Präsidentschaftswahlen statt. Diese entschied der bisherige Amtsinhaber Borut Pahor für sich, der trotz der Unterstützung der SD und der DeSUS als unabhängiger Kandidat auftrat.⁸ Während der Wahl zeichnete sich das schlechte Abschneiden der Kandidaten etablierter Parteien ab, wohingegen der Politikneuling Marjan Šarec einen Überraschungserfolg erzielte. Šarec, Bürgermeister der mittelgroßen Stadt Kamnik, verlor erst in der zweiten Runde der Wahl knapp gegen den wiedergewählten Amtsinhaber Pahor. Mit dem Rückenwind aus der Präsidentschaftswahl gründete er die Liste Marjan Šarec (LMS), die zu den Parlamentswahlen in 2018 antrat. Prompt wurde die Liste eine der beliebtesten Parteien, was die tiefe Krise der etablierten Parteien verdeutlichte.

Im April 2018 trat der Premierminister und Vorsitzende der SMC, Miro Cerar, kurz vor Ende seiner Amtszeit nach anhaltender Kritik aus Opposition und den eigenen Reihen zurück. Daraufhin wurden die Parlamentswahlen um einen Monat vorgezogen. Im Zentrum des Wahlkampfes stand die Rivalität der die Umfragen anführenden SDS unter Janez Janša und dem Rest der Oppositionsparteien, die eine Koalition mit der SDS ablehnten. Begründet wurde dies mit den Reformvorstellungen der SDS für Polizei, Judikative, Zivilgesellschaft und Medien nach dem Vorbild Ungarns, die Slowenien auf den Weg zu einer illiberalen Demokratie geführt hätten. Während des Wahlkampfes erhielt die SDS dann auch Spenden von Unternehmen, die der Fidesz-Partei Viktor Orbáns nahestehen. Bedingt durch die Unzufriedenheit der Wahlbevölkerung mit der Regierung lag die Wahlbeteiligung bei gerade einmal 52 Prozent.

Die SDS gewann die Wahl mit 25 Prozent der Stimmen, zweitstärkste Kraft wurde die LMS mit 13 Prozent, dahinter folgten gleichauf die SD und die SMC mit jeweils 10 Prozent. Die Linke (Levica) erreichte 9 Prozent, die Partei Alenka Bratušeks 5 Prozent, DeSUS ebenfalls 5 Prozent und die Slowenische Nationale Partei (SNS) 4 Prozent.⁹ Wegen der verweigerten Koalitionsbildung seitens der Opposition wird die SDS trotz ihrer relativen Mehrheit nicht die Regierung stellen können. Die Alternative, eine fragmentierte Mitte-Links-Regierung, wird vermutlich weitere intrakoalitionäre Blockaden und Instabilität für die Zukunft bedeuten. Bereits vor den Wahlen wurden Forderungen nach einer pro-europäischen Koalition, bestehend aus Parteien mit Einfluss auf europäischer Ebene, laut, um europäische Herausforderungen proaktiv anzugehen. Aufgrund der kontroversen Rolle der SDS und der Fragmentierung der restlichen Stimmen erscheint die Koalitionsbildung allerdings unrealistisch.

Weiterführende Literatur

European Commission: Key finding of the country report for Slovenia, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/slovenia/sites/slovenia/files/final-porocilo_slovenija_2018_en_v1.1_web_3.pdf (letzter Zugriff: 18.7.2018).

Marko Lovec et al.: The Relaunch of Europe. Mapping Member States' Reform Interests. Country Issue: Slovenia, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.

8 State Elections Commission: presidential elections 2017, abrufbar unter: <https://www.volitive.gov.si/vp2017/#!/rezultati> (letzter Zugriff: 7.6.2018).

9 State Elections Commission: Early parliamentary elections 2018, abrufbar unter: <http://www.dvkr.si/index.php/si/> (letzter Zugriff: 7.6.2018).